Presseinformation

26. August 2003

Onodi zu Problemen bei der Wasserwirtschaft

Wichtige Bauaufträge drohen weniger zu werden

„Der Ausbau wasserwirtschaftlicher Einrichtungen wird auch in den kommenden Jahren – wegen der regionalen Streuung - ein wichtiger Konjunkturmotor in Niederösterreichs Regionen sein“, sagte heute Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi. „Jährlich fließen in Niederösterreich rund 200 Millionen Euro in den Ausbau der Trinkwasserversorgung sowie von Entsorgungseinrichtungen wie Kläranlagen und Kanalsystemen. Diese Mittel werden gemeinsam vom Bund, dem Land Niederösterreich und den Gemeinden aufgebracht. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung aus, auch die Umweltbilanz unseres Bundeslandes wird laufend verbessert“, sagte Onodi. In Niederösterreich gelte es aber noch immer, einen Rückstand der letzten Jahre von rund 450 Millionen Euro aufzuholen. Bis zum Jahr 2015 sollen, so Onodi, zusätzlich insgesamt noch rund 2,5 Milliarden Euro in Neubauten, Modernisierungen und Sanierungen im Bereich der Abwasserentsorgung sowie der Trinkwasserversorgung investiert werden. Leider verabschiede sich der Bund auch in diesem Bereich von seiner Verantwortung. Er verringere seine österreichweiten Zuschüsse von 400 Millionen Euro auf rund 220 Millionen Euro pro Jahr. Wichtige Förderungsmittel für die Länder und Gemeinden würden damit ausbleiben.

„Derartig große Investitionen können aber nicht allein von Ländern und Gemeinden getragen werden“, meinte Onodi. „Für Niederösterreich bedeutet das in den kommenden Jahren, dass sich wichtige Projekte der Wasserversorgung bzw. der Abwasserentsorgung verzögern sowie notwendige Umweltinvestitionen wie neue Kläranlagen und Kanäle nicht umgesetzt werden können. Dringend notwendige Sanierungen von veralteten Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen sowie schadhafter Kanäle müssen weiter aufgeschoben werden. Ebenso wird sich der Anschluss von weiteren Haushalten an ein öffentliches Trinkwasserversorgungsnetz verzögern. Als Niederösterreichs Gemeindereferentin appelliere ich an die Bundesregierung, diese Kürzungsmaßnahmen bei der Siedlungswasserwirtschaft wieder rückgängig zu machen. Weitere Einsparungen gefährden die Gesundheit der Bevölkerung, sie gefährden die Umwelt und sie gefährden Arbeitsplätze“, so Onodi.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at